

Demokratie in Gefahr? Wie man Beteiligungskompetenz zurückerobert¹

Claus Leggewie, Jan Schneider



Claus Leggewie



Jan Schneider

Zusammenfassung:

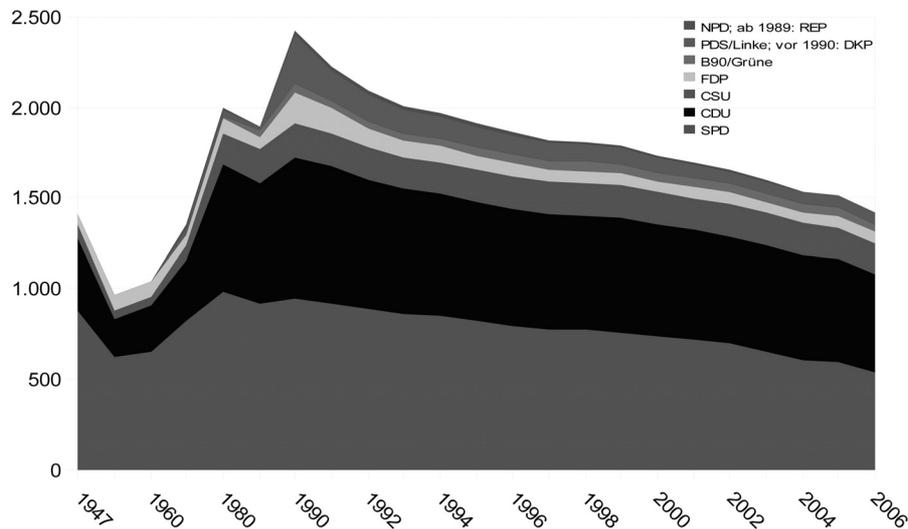
Schlagen der unverkennbare Ansehens- und Vertrauensverlust der politischen Parteien und der Parteipolitiker sowie der Rückgang der organisierten Partizipation in Legitimationszweifel an der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform um, wird aus „Politikverdrossenheit“ „Systemzweifel“? Dies würde bedeuten, dass Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluss gelangt wären, dass die Demokratie an sich nicht mehr die Kompetenz besitzt, in zentralen, drängenden gesellschaftlichen Fragen wirksame und nachhaltige Problemlösungen zu entwickeln. Welche Möglichkeiten bestehen, diese Situation aufzufangen und aktives Praktizieren von Demokratie zu unterstützen?

1. Wie steht es um Demokratie, politisches Institutionenwissen und Partizipation? – Empirische Befunde und offene Fragen

Es scheint unverkennbar, dass Ansehen und Leistungsfähigkeit der liberalen Demokratien in Deutschland und im europäischen Rahmen in den letzten Jahren Schaden genommen haben. Gerade angesichts „großer Themen“ wie Klimawandel, globale Gerechtigkeit und demographische Entwicklung verfestigt sich der Eindruck, der Output des politischen Systems könne den Herausforderungen nicht gerecht werden, das heißt: die Demokratie „liefere“ nicht mehr und verfehle damit eine wesentliche Säule ihrer Glaubwürdigkeit oder Output-Legitimation.² Hervorstechend und klar zu identifizieren sind wachsendes und sektoral dramatisches Desinteresse und Frustration hinsichtlich der institutionalisierten Politik und ihrer Repräsentanten, der Parteipolitiker. Es ist kein Zufall, dass das seit rund 20 Jahren als „Politikverdrossenheit“ traktierte und im Übrigen sehr vielschichtige Phänomen schon 1992 zum *Wort des Jahres* gekürt wurde.³

Politikverdrossenheit

Anzahl der Parteimitglieder 1947-2006, in Tsd.



Nur eine Erscheinung soll im Blick auf das Thema Demokratiekompetenz exemplarisch herausgegriffen werden, da sie die bisherige Hauptform politischen Engagements betrifft: die Zuordnung zu und Mitwirkung in politischen Parteien. Hier steuert die Bundesrepublik auf Werte ihrer Frühzeit zurück, als nach dem Abflauen der ersten Gründungseuphorie die Nachkriegsparole „Ohne mich!“ galt. Die politischen Parteien haben seit 1990 zusammen rund eine Million Mitglieder verloren (siehe Abbildung); parallel ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten seit den 1980er Jahren von über 30% auf unter 20% gesunken. Andere Phänomene bestätigen diese Regression klassischen Engagements. Im März 2006 fanden in Sachsen-Anhalt Landtagswahlen statt. Von zehn Wahlberechtigten nahmen durchschnittlich nur vier ihre demokratische Verantwortung wahr und gingen wählen. Die 44% von Sachsen-Anhalt markieren einen historischen Tiefpunkt bei der Wahlbeteiligung, bilden aber die Speerspitze eines langjährigen Trends bei Landtagswahlen in Deutschland, bei denen man eine Art „Veröstlichung“ feststellen kann.⁴

Wahlbeteiligung

Der Osten zeigt dem Westen seine Zukunft: Auch in den großen Flächenländern Westdeutschlands scheint es für den Wählerschwund kein Halten zu geben: In Baden-Württemberg gingen im gleichen Jahr nur gut 53% der Wähler zur Urne. Dass mit einem 50%-Wählerquorum die kritische Masse demokratischer Partizipation in einem Gemeinwesen zumindest erreicht, wenn nicht gar unterschritten sein dürfte, liegt auf der Hand, aber die im Vergleich hohe Beteiligung bei Bundestagswahlen muss auch erwähnt werden: Hier fiel die Beteiligungsquote erstmals zwischen 1983 (89%) und 1987 (84%), und abermals 1990 (78%) deutlich ab, um dann wieder bis auf 82% im Jahr 1998 zu steigen. Bei den Wahlen 2002 und 2005 ging sie erneut zurück auf zuletzt knapp 78% ein gutes Normalmaß konventioneller Partizipation. Die Deutschen gehen wählen, wenn es um etwas geht; aber sie vermögen immer weniger einzusehen, dass es

bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen tatsächlich um etwas geht – und noch weniger, sich dafür als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung zu stellen.

Unzufriedene Demokraten

Aber schlagen der unverkennbare Ansehens- und Vertrauensverlust der politischen Parteien und der Parteipolitiker sowie der Rückgang der organisierten Partizipation in Legitimationszweifel an der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform um, wird aus „Politikverdrossenheit“ nun „Systemzweifel“? Dies würde bedeuten, dass es sich um mehr handelt als den Verdross gegenüber bestimmten politischen Eliten oder der „politischen Klasse“, den Akteuren im demokratischen System. Vielmehr wären Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluss gelangt, dass die Demokratie an sich nicht mehr die Kompetenz besitzt, in zentralen, drängenden oder als problematisch wahrgenommenen gesellschaftlichen Fragen wirksame und nachhaltige Problemlösungen zu entwickeln. Dem entgegen steht die, wenn auch im Gesamteffekt nur bescheidene, Kompensation des Verfalls herkömmlicher durch unkonventionelle Partizipation, bei der vor allem das ehrenamtliche Engagement hervorsticht.

Partizipation und Bürgerbild

Hinsichtlich des Wissensstandes um Demokratie und politische Prozesse weisen empirische Untersuchungen bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen auf erhebliche Lücken und Fehlverständnisse hin.⁵ Sicher darf man nicht die in allen Bereichen demokratiekompetente Bürgerschaftlichkeit postulieren. Doch ist die Frage, welches Wissen, welche Kompetenzen und welche Motivationen die Bürger in einer Demokratie eigentlich benötigen – gewissermaßen welchen „Anforderungen“ sie gerecht werden sollten – weder analytisch noch normativ geklärt. Übereinstimmung besteht jedenfalls insoweit, als dass Aktivbürgerschaft im Sinne einer breiten und stetigen Teilnahme möglichst aller an politischen Prozessen weder ein realistisches, noch ein der liberalen Demokratie angemessenes Ziel sein kann. Das Bild des demokratisch kompetenten Bürgers kann somit (in Anlehnung an Wilhelm Hennis' Bürgerbegriff⁶) das des intelligenten Zuschauers beim Fußballspiel sein, der erwartet, dass gut gespielt wird, der die Regeln kennt, Regelverstöße wahrnimmt und dann entsprechend pfeift. Die Voraussetzungen dafür sind durchaus gegeben: Das Gros der Deutschen und Europäer ist politisch in einem historisch einmaligen Maße informiert, nicht zuletzt durch die ausgeprägte (Print-)Medienlandschaft, die aufstrebende Radio-Informationskultur sowie die Informations- und Interaktionsmöglichkeiten des Internet, die insbesondere in der „Blogosphäre“ eine neue diskursive Intensität und Dichte zu einzelnen Themen bieten. Die aufklärende und informierende Wirkung des elektronischen Mediums Fernsehen hat dagegen in dieser Hinsicht keinen Qualitätssprung vollzogen. Gleichzeitig ist auch das formale Bildungsniveau, gemessen etwa an den schulischen Abschlüssen oder der Anzahl der Stu-

der intelligente
Zuschauer beim
Fußballspiel

dierenden, so hoch wie nie zuvor. Im „Pfeifen“ besteht indes der entscheidende Schritt vom lediglich informierten, verstehenden und vielleicht im privaten Umfeld kommentierenden Medienkonsumenten („reflektiver Zuschauer“) zum interventionsfähigen Bürger. Zum politischen Interesse und dem Wunsch zur Teilnahme kommen dann das Selbstvertrauen und die Selbstachtung hinzu, mit politischer Aktivität ggf. auch Belastungen auf sich zu nehmen, sowie der Glaube an den eigenen Einfluss.⁷

Eine Demokratie der gut informierten und ggf. interventionsfähigen Bürger erlaubt es ihren Mitgliedern, sich (temporär) vom politischen Geschehen und der aktiven Partizipation zurückzuziehen – solange ein Grundstock an demokratischen Werten und Tugenden internalisiert wurde und aufrechterhalten wird. In diesem Verständnis kann Demokratie auch als Herrschaftsform wertgeschätzt werden, die es den Bürgern zu jedem Zeitpunkt erlaubt, kollektiv mit zivilen Mitteln Widerspruch gegen eine als lästig empfundene Politik zu formulieren und ggf. die Regierenden „abzuwählen“ und somit Herrschaft loszuwerden. Die Diagnose steigender politischer Apathie und Indifferenz hinsichtlich des Institutionensystems muss daher nicht zwangsläufig zu Alarmismus führen, sind doch bei entsprechender Betroffenheit oder gewecktem Enthusiasmus durchaus partizipative Engagementformen in Vereinen und Initiativen auch von solchen Menschen beobachtbar, die sich im Hinblick auf originär politische oder parteipolitische Partizipation eher passiv verhalten. In diesem Zusammenhang können u.a. die Vielfältigkeit, professionelle Organisationsform, Vernetzung und Expertise von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zu allen nur denkbaren Themen und Fragen (insbesondere im Bereich des Konsums) hervorgehoben werden, die als Formen politischer Beteiligung über egoistische Motive hinausgehen und nicht auf die Ebene der nationalstaatlichen Demokratie beschränkt sind. Vernetzte NGOs binden große Zahlen von Menschen ein, agieren aber teilweise unterhalb der Schwelle einer breiten öffentlichen Wahrnehmung.

Nicht-Regierungs-
organisationen

Jugendliche

In diesem Segment der Partizipation ist auch die Gruppe der Jugendlichen stark vertreten, und zwar sowohl bezogen auf ein relatives Desinteresse an Politik, als auch im Hinblick auf „nicht-politische“, aber dennoch demokratisch relevante Engagementformen. Empirische Untersuchungen zum Interesse an Politik und zur Wahrnehmung und zum Umgang mit demokratischen Grundsätzen bei Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulformen dokumentieren eine deutliche Distanz zur demokratisch-institutionellen Realität (zumindest wenn einschlägige Items zum Politikinteresse abgefragt werden) und ein gewisses Misstrauen gegenüber den zu erwartenden Leistungen des politischen Systems. Hingegen ist auf der Einstellungsebene eine recht hohe Bereitwilligkeit feststellbar, an im weitesten Sinne „politisch“ zu nennenden Handlungen zu partizipieren. Für die Demokratie als politisches System scheint eine solide Legitimitätsbasis zu bestehen und ein demokratisches Wertefundament gelegt zu sein, das grundsätzlich den Anspruch Jugendlicher implizieren kann, tolerant zu sein, Gleichberechtigung zu unterstützen und im Sinne einer demokratischen Lebensform zu handeln.⁸ Deutlich wird hier John Deweys Unterscheidung zwischen *Demokratie als Herrschaftsform* und *Demokratie als Lebensform*. Demokratie als Lebensform steht bislang – zumindest in quantitativer Breite – außerhalb jeden Zweifels.

Demokratieabstinenz durch Exklusion und Selbst-Exkludierung

Aber auch hier kann man nicht einfach Entwarnung geben. An den gesellschaftlichen Rändern ist Demokratie nicht mehr manifest verankert, und diese „Ränder“ werden demografisch und politisch-kulturell wachsen und den Kern affizieren, wenn man der Erosion nicht entgegenwirkt. Ohne dabei Pauschalierungen oder feste Zuschreibungen vorzunehmen, lassen sich fünf „Problemgruppen“ identifizieren, die sich überdies nicht auf die Jugendlichen beschränken:

- Ostdeutsche, die unter dem Eindruck eines (in ganz „Ostmitteleuropa“ zu beobachtenden) Nationalpopulismus rechter und linker Provenienz stehen;
- einheimische „Unterschichten“ oder „Ausgeschlossene“, bei denen sich Anomiephänomene und Arbeitsmarktliberalisierungen auswirken,
- Migrationsverlierer, vor allem junge männliche Türken und Spätaussiedler, die unter Erscheinungen von Bildungsarmut und Diskriminierungserfahrungen leiden, sowie
- islamistische Muslime, die ungeachtet ihres Bildungsstatus eine radikale Kritik der westlichen Moderne unter Einschluss der Demokratie als Herrschafts- und Lebensform vornehmen.
- Nicht zu übersehen ist schließlich eine zahlenmäßig geringfügige, als Meinungsführer und Multiplikatoren aber sehr beachtliche Gruppe, das demokratie- und staatsabgewandte Management, das verbunden mit Eliten-Arroganz eine deutliche Unterschichtsverachtung an den Tag legt.

Die entscheidenden Variablen sind hier also bildungsökonomischer Natur, und es war seit langem zu erwarten, dass wachsende sozio-ökonomische Konkurrenz und Ungleichheit letztendlich auf Ansehen und Praxis der Demokratie durchschlagen würden.

wachsende sozio-
ökonomische
Konkurrenz

Wenden wir uns den Gruppen – und hier vor allem den Jüngeren – näher zu: Aus einer vergleichenden Studie geht hervor, dass nicht-deutsche Jugendliche und junge Erwachsene – trotz fehlenden Wahlrechts – in ihren politischen Orientierungen und Verhaltensweisen keine maßgeblichen Unterschiede zu deutschen aufweisen, d.h. die Voraussetzungen für eine demokratiepolitische Integration grundsätzlich gegeben sind. Zwar sind das allgemeine politische Interesse und die Bereitschaft zu politischem bzw. zivilgesellschaftlichen Engagement im Durchschnitt schwächer ausgeprägt, was primär auf den Mangel an Ressourcen und Gelegenheiten zurückzuführen sein dürfte. Zudem werden die Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen jungen Leuten umso geringer, je höher die Schulbildung ist.⁹ Aus Schilderungen von Lehrerinnen und -lehrern an Hauptschulen mit hohem Anteil von Migranten geht jedoch hervor, dass Demokratie als Prinzip und Lebensform zwar grundsätzlich für richtig erachtet wird, jedoch deutliche Zweifel darüber bestehen, ob es mit ihrer Anwendung tatsächlich so weit her ist, d.h. ob wirklich alle gleichberechtigt sind oder möglicherweise doch Benachteiligungen für einzelne Gruppen bestehen. So hat sich der Negativtrend in der Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher in den letzten Jahren fortgesetzt, und ihre Vermittlungschancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt schwinden weiter; die Ausbildungsquote unter den 18-21-

nicht-deutsche
Jugendliche und
junge Erwachsene

Jährigen sank von 34% im Jahr 1994 auf nur noch 23% im Jahr 2006 – und dies nicht etwa, weil ein wesentlich größerer Teil nun studiert.¹⁰ Kann diese Entwicklung nicht bald an einen Wendepunkt geführt werden, steht zu befürchten, dass der über Jahre „erlernte“ Ausschluss sich u.U. in relativ abgekoppelten Parallelgesellschaften verfestigt, in denen de facto ein struktureller Ausschluss von Ausbildungsmöglichkeiten stattfindet, der Zugang zu Beschäftigung jenseits der „ethnischen Nischenökonomie“ Mangelware und der Demokratiefrost endemisch werden können.

Migrationsverlierer

Der Soziologe Heinz Bude weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es eine unklare Anzahl von Migranten gibt, die sich in solcher Art Verlierertum zu radikalieren scheinen und von der „Mehrheitsklasse“ als eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt betrachtet werden. Gerade in der zweiten oder dritten Generation seien diese Migrationsverlierer anzutreffen, da es für sie objektiv wie subjektiv schwieriger sei, Bildungs- und Berufschancen zu ergreifen, die ihren individuellen Status und ihre materielle Lebenslage verbessern. Im Gegensatz dazu habe es die Elterngeneration leichter gehabt, ihre Stellung als angeworbene Arbeiter als Aufstieg zu empfinden – sie selbst begegnen ihren Kindern wiederum mit hohen Erwartungen. „Daher haben wir besonders bei den Heranwachsenden mit Migrationshintergrund, die sich als die Ausgegrenzten empfinden, keine willige Adaption an unsere ‚Leitkultur‘ und keine freudige Partizipation an unsere Demokratie zu erwarten.“¹¹

Managerkaste

Auf der anderen Seite des ökonomischen Spektrums proben jedoch auch eine nicht unbedeutende Managerkaste sowie die wachsende Gruppe der Leistungsindividualisten unter einer libertären Fahne den Selbstausschluss von demokratischen Werten und staatspolitischer Verantwortung. Sie „lieben den Markt, hassen den Staat und glauben, daß jeder seines Glückes Schmied ist. Der Begriff des Bürgers hat bei ihnen mehr mit freier Fahrt als mit sozialer Verantwortung zu tun.“¹² Gekoppelt an neo-liberale Überzeugungen ist ein kleiner Teil der leitenden Figuren im Management und in den Unternehmen durch deutlich anti-etatistische und demokratiefeindliche Tendenzen, eine Verachtung demokratischer Akteure sowie vulgär-propagandistische Kritik der sozialstaatlichen Verhältnisse gekennzeichnet.¹³ Und hier wachsen Unterschichtenpopulismus und Oberschichtenarroganz auch demokratieschädlich zusammen. Das mittelständische liberale Bürgertum, historisch *der* Träger von Demokratie, schrumpft oder opfert seine Liberalität.

Spätaussiedler

Auch unter den Spätaussiedlern finden sich Gruppen, deren erfahrene Benachteiligung in der damaligen Sowjetunion, Unerfahrenheit mit demokratischen Partizipationsformen und vorenthaltener politischer Bildung im Anschluss an die Migration sie empfänglich für Radikalisierung und Ablehnung demokratischer Lebensformen machen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund solcher Befürchtungen im Hinblick auf muslimische Bevölkerungsgruppen sind z.B. auch Untersuchungen wie die jüngst durch das Bundesinnenministerium vorgelegte Studie über politische Einstellungsmuster und Handlungsorientierungen von in Deutschland lebenden Muslimen sowie Foren des Dialogs wie die Deutsche Islamkonferenz oder Konferenzen über bürgerschaftliches Engagement von Muslimen entstanden.¹⁴

2. Was ist Demokratiekompetenz, wie könnte man sie fördern?

Unter Politikern und Politikberatern werden Lösungswege aus dem Verdrossenheits-Dilemma primär in zwei Richtungen gesucht: Einerseits möchten sie wechselseitiges Vertrauen zwischen Politikern und Wählern durch verbesserte Kommunikation wiederherstellen, andererseits betreiben sie institutionelle Reformen, die das System der parlamentarischen Demokratie attraktiver machen sollen, unter Einschluss direkt-demokratischer Verfahren.¹⁵ Eine Vorfrage bleibt dabei unbeantwortet: Wesentlich ist beim Aspekt der Wahlenthaltung, über welches Politikbewusstsein die Person, die nicht und niemals wählt, überhaupt verfügt. Denn womöglich stellt Abstinenz selbst eine rationale und reflektierte politische Handlung dar. Wie vergleichende Studien zeigen, beeinflussen eine Vielzahl von Faktoren und sozialstrukturellen Merkmalen die Entscheidung, von der Wahl fernzubleiben.¹⁶ Nur wenn es sich tatsächlich um Verhalten handelt, das aufgrund von Nichtwissen, von mangelnden Vorstellungen über Demokratie oder Antipathie zustande kommt, ist politische Bildung überhaupt aufgerufen, mentale und kognitive Voraussetzungen zu schaffen, damit Bürger (wieder) partizipieren können. Es herrscht Skepsis vor, ob politische Bildung im Hinblick auf die Verankerung von Demokratie als Lebensform möglicherweise ein stumpfes Schwert sei, da sich die Lebensformen vornehmlich durch andere Instanzen und Faktoren wie Familie und kulturell-religiöser Hintergrund herausbilden. Übereinstimmung besteht aber dahingehend, dass demokratische Auseinandersetzungen und politische Kultur nicht mehr an feste Orte und Instrumente wie Parteien und Bürgerinitiativen gekoppelt sein müssen, sondern neue Formen und Foren identifiziert werden müssen, in denen verbindliche Auseinandersetzungen stattfinden können. Um zu verhindern, dass sich strukturell große Gruppen exkludiert fühlen oder in bestimmten urbanen Räumen sogar Mehrheiten „abgehängt“ werden, muss gerade im kommunalen Rahmen die Erfahrung vermittelt werden, dass politische Partizipation echte *Wirksamkeit* bedeuten kann. In vielen Fällen ist frustriertes Rückzugsverhalten bei Wahlen oder sonstiger Partizipation gar kein kognitives oder Wissensproblem, dem mit „klassischer“ politischer Bildung begegnet werden könnte. Vielmehr scheint es eine Reaktion auf Enttäuschungs- oder Frustrationserfahrungen bei solchen Bürgern zu sein, die grundsätzlich partizipationsaffin sind, auch über politisches Institutionenwissen und kognitive Ressourcen verfügen – denen allerdings das „Wissen zum wie“ fehlt, d.h. die praktisch-instrumentellen Demokratiekompetenzen um ihre Ideen und Engagementvorstellungen politisch wirksam werden zu lassen. Will sagen: Die schiere Fähigkeit, eigene Interessen wirksam zu artikulieren und in der politischen Auseinandersetzung durchzusetzen, ist abhanden gekommen, „Politik“ wird ein opaker Raum.

verbesserte
Kommunikation

institutionelle
Reformen

praktisch-
instrumentelle
Demokratie-
kompetenzen

Schulalltag als Ort der Vermittlung demokratischer Kompetenzen

Auch wenn wir Demokratiedefizite nicht speziell bei Schülern und Schülerinnen oder allgemein jungen Erwachsenen suchen und sich die Vermittlung von und Anstiftung zu praktischer Handlungskompetenz in der Demokratie nicht allein auf diese Altersgruppe beschränken darf, konzentriert sich die Frage nach der (pädagogischen) Vermittlung von Demokratiekompetenzen fast automatisch auf frühe und mittlere Sozialisationsphasen, insbesondere auf Studierende, Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II, sowie auf Kinder im Grundschul-, Vorschul- bzw. Kindergartenalter.¹⁷ Diskutiert wird seit Jahrzehnten, den Zeitpunkt der politischen Mündigkeit durch Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre vorzuziehen; empirische Analysen der Jugendforschung zeigen, dass dieser Schritt im Hinblick auf die politische Reife von Jugendlichen durchaus zu rechtfertigen ist, aber für sich allein keine allzu großen Effekte auf Phänomene der Indifferenz, Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz zeitigen würde.¹⁸ Breiter Konsens herrscht darüber, dass der für alle Kinder und Jugendlichen verbindliche *Lernort Schule* – und zwar die allgemeinbildende, stadtteilbezogene Regelschule – die günstigsten Voraussetzungen für die konzeptionell geleitete Vermittlung nachhaltiger Demokratiekompetenz bieten soll. Auch wenn konkurrierende Sozialisationsagenturen wie das Elternhaus aus kulturellen oder religiösen Gründen „dagegenarbeiten“, scheinen die Möglichkeiten zur Einübung einer Streitkultur und zur Internalisierung von demokratischen Grundwerten und Rechten am ehesten im heteronomen Klassenverband deutscher Haupt-, Real- oder Gesamtschulen gegeben zu sein, die den Pluralismus der Gesellschaft abbilden.

Herabsetzung des
Wahlalters auf 16
Jahre

Lernort Schule

hohe
Anforderungen an
Demokratie-
kompetenz, gerade
auch für Lehrer

Die „harte“ schulische Wirklichkeit ist oft anders. Wo religiös oder „kulturell“ begründete Schulkonflikte im Zusammenhang mit muslimischen Schülern auftreten, stellen sich hohe Anforderungen an Demokratiekompetenz, gerade auch für Lehrer. Wie man am Beispiel *Verweigerung der Teilnahme am Schwimmunterricht von weiblichen Muslimen* zeigen kann, sind solche Wertkonflikte in hohem Maße demokratierelevant: Der Anspruch des Staates bzw. der Schule trifft auf den Anspruch einer Schülerin bzw. der Familie. Ein gangbarer Weg liegt hier in der Pflege einer klaren Dialogstrategie, in welcher der Dissens deutlich und mit Verweis auf die Konsequenzen angesprochen, aber auch um Lösungen verhandelt wird; diese halten einerseits Anerkennung, Integrität und Würde der Betroffenen aufrecht, verhelfen andererseits einem durch die freiheitlich-demokratische Grundordnung gesetzten Wert zur Durchsetzung, indem ein Verstoß gegen die allgemeine Schulpflicht benannt und sanktioniert wird. Im Hinblick auf wechselseitige Akzeptanz und Nachhaltigkeit des erzielten Verhandlungsergebnisses sind solche auf der Mikro-Ebene des schulischen Alltags gefundenen Lösungen einer gerichtlichen Entscheidung (wie z.B. jüngst durch das Düsseldorfer Verwaltungsgericht)¹⁹ sicherlich überlegen.

Man mag diesen prozedural-demokratischen Konfliktregelungsmechanismus als unzureichend empfinden, da er keine allgemein verbindliche Lösung, sondern immer nur punktuelle Kompromisse schaffen kann. Vertreter einer Gegenposition sehen im uneingeschränkten Bezug auf das Grundgesetz eine *conditio sine qua non* der demokratischen (Schul-)Kultur, so dass in ihren Augen kom-

promisshafte und temporär tragende Lösungskompromisse bei religiös-kulturellen oder religiös-politischen Konflikten unbefriedigend bleiben müssen. Weiter helfen kann hier die Differenzierung zwischen Einstellungs- und Verhaltenskonformität: Solange Verhaltenskonformität im Rahmen der rechtlichen Grundlagen (Grundgesetz) gewährleistet bleibt, bleiben individuell abweichende Auffassungen, Normen und Werte unbedeutend.

Konzepte von Demokratiekompetenz

Definitionen und Ansätze zur Vermittlung von Demokratiekompetenz werden in Deutschland erst seit wenigen Jahren intensiv diskutiert, überwiegend in der Politikdidaktik bzw. in der schulischen und außerschulischen Politischen Bildung. Zum Teil gehen sie aus breit angelegten Initiativen wie dem Programm *Demokratie lernen und leben* der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hervor,²⁰ das als Reaktion auf krisenhafte jugendpolitische Entwicklungen (wie das Anwachsen von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie zunehmende Politikerverdrossenheit und Politikdistanz) im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung aufgelegt wurde. Dieses Programm sollte den institutionellen Kern der Schule entwickeln hin zu einer demokratischen und an Partizipation orientierten Gestaltung des schulischen Alltags und der Öffnung bzw. Kooperation der Schule in Bereichen der Zivilgesellschaft. Der Kompetenzbegriff hat jedoch insbesondere infolge des „PISA-Schocks“ und der damit verbundenen Debatte um nationale Bildungsstandards Einzug gehalten. Aufgrund der Länderzuständigkeit bei der Lehrplanentwicklung wurde dabei zunächst äußerst heterogen mit dem Kompetenzbegriff bzw. bestimmten Kompetenzmodellen umgegangen. Ende 2002 hat jedoch die länderübergreifende Kultusministerkonferenz (KMK) mit der Entwicklung von Bildungsstandards für verschiedene Fächer und Schulformen begonnen und zahlreiche Arbeitsgruppen eingesetzt. Diese orientieren sich an fachdidaktisch etablierten Kompetenzmodellen für die Bereiche Mathematik, Deutsch und Leseverständnis, Naturwissenschaften sowie Fremdsprachen. Die Entwicklung und Implementation von Bildungsstandards für andere Fächer – z.B. für den Politikunterricht bzw. für fächerübergreifende Demokratiekompetenz – gilt hingegen als ein längerfristiges Projekt und wurde von der KMK zurückgestellt.²¹

Demokratie lernen
und leben

Dabei haben Vertreter der politischen Fachdidaktik durchaus Kompetenzmodelle entwickelt, die in die allgemeine Diskussion über schulische Lernstandards hineingehören. Nicht zuletzt aufgrund ihrer relativ raschen Ausarbeitung in verschiedenen informellen Zirkeln gelten diese Modelle als noch nicht ausgereift und sind innerhalb der Disziplin umstritten. Während die einen stärker an einem Begriff der *Politikkompetenz* anknüpfen und die institutionellen Funktionslogiken des politischen Systems sowie die assoziierten demokratischen Bürgertugenden und deren Erlernen als Kompetenzziele in den Blick nehmen, vertreten andere Ansätze ein ganzheitlicheres und von einem normativen Kanon geleitetes Bild von *Demokratiekompetenz*.²²

Mangelnde Wissensbestände über Politische Funktions- und Partizipationsweisen

Arbeitswelt als
Lernfeld für
demokratische
Prozesse

Es geht also auf allen Ebenen darum, einen pragmatischen Zugang zu Demokratiekompetenz (wieder) zu ermöglichen; in weiten Bereichen der Bürgerschaft besteht ein ganz konkreter Mangel an Wissen darüber, wie politische Anliegen überhaupt wirkungsvoll vorgebracht werden können, welche Zugänge zu den vorhandenen Instrumentarien politischen Handelns es gibt und wie sie konkret zu nutzen sind. In der schulischen und außerschulischen Bildung können moderne Formen des projekt-, planspiel- oder authentizitätsorientierten Lernens an Alltagsbeispielen, die den Weg zur praktischen Politik bahnen, hilfreich sein. Weithin unterschätzt dabei wird die Relevanz der Arbeitswelt als Lernfeld für demokratische Prozesse, in der sich, trotz des vermeintlichen Ende der „Arbeitsgesellschaft“, weiterhin ein Großteil der Bevölkerung tagtäglich aufhält und sich für eigene Interessen einsetzt oder einsetzen will. Als Akteure wären hier die Gewerkschaften (wieder) viel stärker gefordert, Orientierung zu geben, wie Betriebsräte oder die organisierte Arbeiterschaft jenseits formaler Gerüste wie Tarifverträge ihre individuellen Interessen als Arbeitnehmer aktiv wahrnehmen können und wie sich demokratische Durchsetzungschancen, auch jenseits des Arbeitsplatzes, also im Stadtviertel, in der Gemeinde und in den sozialen Netzwerken erhöhen lassen. Notwendig ist in jedem Fall zweierlei: Konkrete Wissensvermittlung über Funktionsweisen des (kommunalen) politischen Systems, um Ansatzpunkte für partizipatives Handeln identifizieren zu können, sowie die Vermittlung von strategischen, sozialen und interaktiven Kompetenzen, um Beteiligung auch effektiv praktizieren zu können.

3. Demokratie heute aktiv praktizieren – Handlungsfelder und offene Fragen

gefühlte
Partizipation

Als so genannte „Mediendemokratie“ ist Volksherrschaft eingespannt in mediale, vor allem visuelle Übersetzungen. Politik konkurriert dabei mit anderen Medienangeboten und Präsentationsformaten, die zweifellos mehr *appeal* besitzen. „Wo ist Demokratie sexy?“ fragen Medienmacher und verweisen, durchaus zu Recht, auf unansehnliche Bild-Stereotypen des politisch-institutionellen Alltags, mit denen vor allem das Fernsehen aufwartet. Beispiele dafür sind die karikaturhaft wirkenden *Shakehands* oder auch die *Catwalks* von Politikern, die sogar eine Bundeskanzlerin beschreitet, damit Information visuell unterfüttert werden kann. Wesentlich problematischer noch ist die Suggestion aktiver Beteiligung durchs bloße Zuschauen – selten wusste das Publikum mehr als heute, aber es bleibt auf der Couch sitzen. Die „gefühlte Partizipation“ ist jedenfalls weit stärker als die tatsächliche, und diese Schieflage wird unterstützt durch die Allzuständigkeitsanmutung, die Politikerauftritte erzeugen – mit dem Effekt wachsender Enttäuschung über die in Wahrheit eher schwindende Zuständigkeit vor allem staatlicher Politik bei akuten und vor allem langfristigen Problemfällen.

Das führt wohl zum Kern der Demokratieskepsis und dem tieferen Grund, warum sie noch zunehmen und eventuell bedrohlich werden könnte. Globalisierung und Entstaatlichung haben einen effektiven Machtverlust bewirkt, und in vielen Teilen der Welt ist Staatlichkeit ganz generell am Ende, so dass sich Demokratisierung – eine ebenso starke Tendenz des 20. Jahrhunderts – auf die Abhaltung von Wahlen ohne menschenrechtliche und rechtsstaatliche Fundamente beschränken könnte, also auf eine Tendenz zur illiberalen Demokratie. Wenn dann also selbst höchste Partizipationsbereitschaft frustriert wird durch eine wachsende Vielschichtigkeit, Vernetzung und Folgelastigkeit des politisch-ökonomischen Entscheidungsfeldes, wenn zudem noch Kontingenzen und nicht-lineare Entwicklungen die Berechenbarkeit demokratischer Politik unterminieren, dann entkoppelt sich womöglich auch der Konnex zwischen Kapitalismus und Demokratie. Erfahrungen „defekter Demokratie“ und „gescheiterter Staatlichkeit“ summieren sich dann möglicherweise zu Entwicklungsalternativen gelenkter Demokratie und autoritärer Modernisierung, die außerhalb der westlichen Hemisphäre auch normativ unterfüttert werden. In dieser Hinsicht sind die wichtigsten „Tigerstaaten“ und künftigen Leitgesellschaften in Asien weit entfernt von Normen wie Prozeduren westlicher Demokratie.

Manche sehen Chancen für eine Wiederbelebung bürgergesellschaftlicher Partizipation in Ansätzen der Konsumentenverantwortung und sie stellen die These auf, Verbraucherkompetenz eigne sich hervorragend dazu, handwerkliche Demokratiekompetenz zu erlernen, etwa mit der nur scheinbar trivialen Frage: „Wie erreiche ich, dass wir unsere Schule durch eine lokale Bio-Molkerei beliefern lassen?“ In diesem Sinne drängen sich Fragen des Klima- und Artenschutzes im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts auf und eröffnen neue Möglichkeiten des Engagements, sowohl in politischer als auch zivilgesellschaftlicher Hinsicht. Im digitalen Zeitalter der „Generation Bild“ sind hier auch neue Möglichkeiten einer demokratischen Protestkultur auszumachen, etwa wenn aufgrund des Wissens um die Allgegenwärtigkeit von (digitalen) Foto- und Fernsehkameras besonders kreative und visualisierbare Formen der Demonstration gewählt werden. Eventuell erlebt man bald eine zweite, diesmal breitere Umweltschutzbewegung unter den Auspizien des Klimawandels und damit verbunden eine luzide Revitalisierung der partizipatorischen Demokratie. Kommunikative Online-Netzwerke wären für viele Bereiche und Ebenen zur Herausbildung solcher Engagement-Wellen nützlich; im Hinblick auf demokratische Partizipationsformen scheinen jene Fälle besonders interessant, in denen sich Gemeinschaften mit kollektiv vertretenen oder diskutierten Interessen erst im Prozess der Online-Kommunikation als virtuelle Communities konstituieren – und dort auch weiterbestehen und politisch agieren.

Verbraucherkompetenz

Klima- und Artenschutz

Die neuen Medien

Eine Chance für die Einübung öffentlicher Diskurspraktiken als Teil von Demokratiekompetenz bieten die nutzer-orientierten Applikationen der neuen elektronischen Medien (Web 2.0), welche die direkte und reflexive Kommunikation auch unter Abwesenden ermöglichen und besonders geeignet sind für

Web 2.0

lokale Medien

globale Politikagenden.²³ Auch lokale Medien, die bisher nahezu ausschließlich auf den Print-Zeitungsmarkt ausgerichtet waren, haben Online-Portale für sich entdeckt, da im Rahmen von lokaler politischer Berichterstattung und der direkten Betroffenheit einzelner Bürger im Kleinen oftmals ein höheres Maß an Kommunikations- und Aktionsbereitschaft festzustellen ist. Das Streben nach Publizität bzw. der Drang, die eigenen, vermeintlich „unerheblichen“ Formulierungen für alle Welt lesbar im Internet veröffentlicht zu sehen (*user-generated content*) kommt beidem entgegen.

Medienkompetenz

Ein Potenzial für die Nutzung vorhandener Medienkompetenzen scheint vor allem bei der jungen Generation zu liegen, wobei die Fähigkeit, technische Komplexitäten und Funktionsweisen von Mobiltelefonen zu durchschauen oder Computerprogramme zur schnellen Kommunikation anzuwenden, oftmals bereits die „klassischen“ Fähigkeiten im Bereich Sprache und Schrift übertrifft. Möglicherweise sind diese Fähigkeiten von Jugendlichen also Ansätze partizipations- und demokratierelevanter Fertigkeiten, wie das Beispiel von geschützten Online-Foren oder Blogs von Schülerinnen und Schülern zeigt, in denen – so berichten aufgeklärte Lehrer – die differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit inakzeptablem Lehrerverhalten geführt und publiziert wird.

Partizipation matters

Gemein ist den genannten Beispielen, dass sie – möglicherweise leichter, unmittelbarer und schneller als andere, „klassische“ Beteiligungsformen – eines zeitigen: subjektiv wahrnehmbare Wirksamkeit. Dies trifft auch für den genuin politischen Bereich zu, wo durch die unmittelbar erfahrbare Wirksamkeit elektronischer Partizipationsmöglichkeiten an lokalen Politik- und Verwaltungsprozessen das für aktive Bürgerschaft essenzielle politische Selbstvertrauen leichter aufgebaut werden kann. Mit solchen Angeboten kann man der Auffassung begegnen, wonach Beteiligung durch eine einzelne Stimme ja doch keinen Unterschied mache: „Partizipation matters!“

Im Idealfall üben erfolgreiche demokratische Interventionen (die übrigens auch in Niederlagen bestehen können, sofern die unterlegenen Akteure den Eindruck einer ernsthaften und chancengleichen politischen Auseinandersetzung gemacht haben) demokratische Praktiken ein, Analogieschlüsse können dann gezogen werden, oder es wird an bislang unzureichend empfundenen Durchsetzungs- oder Mobilisierungsstrategien gearbeitet, um dem partikularen oder kollektiven Ziel der politischen Beteiligung „beim nächsten Mal“ näher zu kommen – so wird unmittelbar die handlungsbezogene Demokratiekompetenz gestärkt.

Auf der Suche nach den Akteuren, die Demokratiekompetenz voranbringen könnten, richtet sich der Blick immer weniger auf die Politiker, deren Handeln sich stärker am Prinzip der Verantwortlichkeit und am Aufbau von Vertrauen orientieren sollte. Andere Akteure sind die genannten Medienmacher mit ihrem Ziel, eine „Symbiose von Quote und Demokratierelevanz“ zu erzielen. Neue Wege der Demokratievermittlung außerhalb der gewinnorientierten Medien zeigen sich in der politischen Bildung.²⁴ Aufgerufen sind auch die Professionellen,

also Kultusminister, Bildungspolitiker, Lehrer. Dass gerade im schulischen Bereich, gelinde gesagt, die Entwicklungsmöglichkeiten für einen kompetenzorientierten Politikunterricht bei weitem nicht ausgeschöpft sind, zeigt nicht zuletzt die fortgesetzte Debatte um die „richtigen“ Curricula in der Politikdidaktik. Das Stichwort Demokratiekompetenz bietet sich möglicherweise an, auch wenn die Medienpräsenz des Themas bislang gering ist und sich scheinbar kaum jemand dafür interessiert, da die Bildungs- und Schulpolitik (in Deutschland symbolisiert durch die KMK) das Thema unter den Teppich gekehrt hat. Wenn sich der schulische Bereich dank der länderföderalen Zuständigkeiten als nicht ausreichend wirkmächtig erweist, rücken gerade die Didaktiker der Sozialwissenschaften in den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen sowie die politischen Bildner in den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung ins Blickfeld. Sie könnten durch eine stärker abgestimmte Themensetzung und politische Forderungen über die Bundesländer hinaus für eine bessere Platzierung des Themas Demokratiekompetenz sorgen.

Egal ob in der Schule, in der Politischen Bildung, in den Medien, im Arbeitsleben, beim freiwilligen Engagement oder in der Berufspolitik – das Thema Demokratiekompetenz steht auf der Tagesordnung. Drei Gesichtspunkte und Prämissen scheinen dabei zentral: Dass Beteiligung an sich ein hohes Gut ist, dass die Aneignung demokratischer Basiskompetenzen ein notwendiges Erfordernis sowohl für individuelle Sozialisation von Jugendlichen, für den produktiven Konfliktaustrag unter Erwachsenen und für das Prosperieren eines funktionierenden Gemeinwesens ist, und dass die effektive Mitwirkung an der liberalen Demokratie für ihr Funktionieren und Fortbestehen unerlässlich ist. Eine „Demokratie ohne Demokraten“ bleibt eine leichte Beute für Populisten aller Couleur.

Anmerkungen

- 1 Die folgenden, von der Redaktion der GWP gekürzten Überlegungen wurden entwickelt für ein Experten-Workshop des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen in Zusammenarbeit mit der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für Politische Bildung. Eine Langfassung des Papiers erscheint als Policy Paper des KWI (KWI-Interventionen 2, 2008)
- 2 Dazu jetzt vor allem die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von polis/sinus durchgeführte Repräsentativumfrage über „Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten“, Ms. Bonn/Berlin 2008, Zusammenfassung unter http://www.fes.de/inhalt/Dokumente_2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf
- 3 Kai Arzheimer: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden 2002.
- 4 Claus Leggewie: Die Zukunft der Veröstlichung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2006, S. 1244-1254
- 5 Werner Patzelt: „Verdrossen sind die Ahnungslosen“, Die Zeit 9/2001; Detlef Oesterreich: Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic Education. Opladen 2002.
- 6 Wilhelm Hennis. Das Modell des Bürgers. In: GSE 1957, S. 330-340, hier 337
- 7 Joachim Detjen: Politische Bildung: Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München 2006, S. 223f.
- 8 Werner Helsper, Heinz-Hermann Krüger u.a.: Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden 2006, S. 33ff.; Florian Blank, Klaus Schubert: Demokratische Werte bei Jugendlichen. Dokumentation und Auswertung

des Forschungsprojekts: Die Wahrnehmung von und der Umgang mit demokratischen Werten bei Jugendlichen. Studie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität. Münster 2005.

- 9 Alois Weidacher (Hrsg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. Opladen 2000, S. 265ff.
- 10 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, Berlin 2007, S. 65ff.
- 11 Heinz Bude: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München 2008, S. 27.
- 12 Heinz Bude, a.a.O., S. 48.
- 13 Hans-Peter Bartels: Victory-Kapitalismus. Wie eine Ideologie uns entmündigt. Köln 2005, S. 39ff.
- 14 Peter Wetzels und Katrin Brettfeld, Muslime in Deutschland. Studie zu Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Berlin (Schriften zur Inneren Sicherheit) 2008; Muslime als Staatsbürger. Bürgerschaftliches Engagement aus internationaler Perspektive. Dokumentation einer Internationalen Konferenz, Berlin 8.-10. Februar 2007, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung.
- 15 Kerstin Plehwe (Hrsg.): Endstation Misstrauen? Einsichten und Aussichten für Politik und Gesellschaft. Berlin 2006.
- 16 Dorothee de Nève: NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen 2008
- 17 Dagmar Richter (Hrsg.): Politische Bildung von Anfang an. Demokratie-Lernen in der Grundschule. Schwalbach/Ts. 2007.
- 18 Ursula Hoffmann-Lange, Johann de Rijke: Die Entwicklung politischer Kompetenzen und Präferenzen im Jugendalter: Ein empirischer Beitrag zur Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre. In: Ulrich von Alemann u.a. (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Baden-Baden 2007, S. 59ff.
- 19 Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 7. Mai 2008 (Az.: 18 K 301/08).
- 20 Wolfgang Edelstein, Peter Fauser: „Demokratie lernen und leben“. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 96. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Bonn 2001.
- 21 Klieme, Eckhard u.a.: Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards – Expertise. Bildungsforschung Band 1 (BMBF). Berlin 2007 [2003].
- 22 Eberhard Jung (Hrsg.): Standards für die politische Bildung. Zwischen Weltwissen, Teilhabekompetenz und Lebenshilfe. Wiesbaden 2005; Gerhard Himmelmann, Dirk Lange (Hrsg.): Demokratiekompetenz. Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung. Wiesbaden 2005; Georg Weißeno (Hrsg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat. Wiesbaden 2008.
- 23 Claus Leggewie, Christoph Bieber: Interaktive Demokratie. Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41-42/2001, S. 37-45; dies.: Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff. Frankfurt/M. 2004.
- 24 Es ließen sich zahlreiche Beispiele anführen; stellvertretend kann hier auf zwei erfolgreiche Formate verwiesen werden: Den Video-Podcast zu Grundrechten der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (www.lzpb.nrw.de/multimedia/podcasts/00021/index.html), der insbesondere bei weniger gebildeten Gruppen unter den Medienkonsumenten stark frequentiert und diskutiert wird, und das Portal Hanisauland der Bundeszentrale für politische Bildung (www.hanisauland.de).